



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 038-2020
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.59

Eingereicht am: 02.03.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Stampfli (Bern, SP) (Sprecher/in)
Dumermuth (Thun, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt

RRB-Nr.: vom
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Leerwohnungsbestand raumplanerisch optimieren?

Am 9. Februar 2020 lehnte das Stimmvolk die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Diese Initiative hatte zum Ziel, mehr preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, denn gerade im urbanen Raum finden viele Menschen kaum mehr bezahlbare Wohnungen. Dieses Problem bleibt auch nach der Ablehnung der Initiative bestehen. Die Leerwohnungsziffer ist gerade in grossen Gemeinden weiterhin tief, und die Mieten sind oftmals sehr hoch. Es braucht somit andere Massnahmen, damit das Wohnen bezahlbar bleibt. Gleichzeitig gibt es auch Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen leerstehenden Wohnungen. Dieses Ungleichgewicht ist wenig sinnvoll. Offenbar werden teilweise am falschen Ort neue Wohnungen gebaut. Es stellt sich die Frage, ob der Kanton Bern mit gezielten raumplanerischen Massnahmen diese Situation verbessern kann.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, damit das Wohnen gerade im urbanen Raum bezahlbar bleibt?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat zum massiven Ungleichgewicht bei den Leerwohnungsziffern zwischen den bernischen Gemeinden?
3. Welche raumplanerischen Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, um diese Situation zu verbessern?
4. Wäre der Regierungsrat bereit, bei Gemeinden mit einem hohen Leerwohnungsbestand einen Ein- oder Umzonungsstopp zu verfügen?
5. Wäre der Regierungsrat bereit, Gemeinden mit einer niedrigen Leerwohnungsziffer zusätzliche Einzonungen zu gewähren?

Verteiler

- Grosser Rat